



16. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

24. Sitzung

Donnerstag, 9. Februar 2017

TOP 2 a)

Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung
**Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-
Württemberg für das Haushaltsjahr 2017
(Staatshaushaltsgesetz 2017 – StHG 2017)**

Einzelplan 01: Landtag

Drucksache 16/1301

Rede von

Nicole Razavi MdL

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Parlamentarische
Geschäftsführerin der CDU-Landtagsfraktion

Es gilt das gesprochene Wort!

Abg. Nicole Razavi CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Der Landtag übt die gesetzgebende Gewalt aus und überwacht die vollziehenden Gewalt nach Maßgabe dieser Verfassung“ Art. 27, Absatz 2 der Landesverfassung.

Mit Unterstützung durch die Landtagsverwaltung soll die Aufgabenerfüllung möglichst wirtschaftlicher und sparsam erfolgen.

Lassen Sie mich mit einem herzlichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtages und Herrn Landtagsdirektor beginnen. Ich kann mir vorstellen, dass Ihre Arbeit mit und für uns Abgeordnete nicht immer ganz einfach ist.

Der Landtag von Baden-Württemberg ist in der Tat sehr schwäbisch: nämlich eines der kleinsten und kostengünstigsten Landesparlamente und das wird er auch künftig sein. Außerdem betreut ein Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg rund 75.000 Einwohner. Im Durchschnitt aller Bundesländer sind dies nur rund 42.000 Einwohner pro Abgeordneten. Gleichzeitig hat sich der Landtag von Baden-Württemberg in den letzten Jahren aber immer stärker von einem Teilzeit- zu einem Vollzeitparlament mit zahlreichen Bezügen zur europäischen und zur Bundespolitik entwickelt.

Das Haushaltsvolumen des Einzelplans 01 erhöht sich im Vergleich zu den Planzahlen für 2016 um 7,74 Millionen Euro auf ein Gesamtvolumen von 98 Millionen Euro.

Aus gutem Grund: Lassen Sie mich auf ein paar wenige Punkte eingehen:

Neben dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und der Landeszentrale für politische Bildung wird inzwischen auch der Bürgerbeauftragte des Landes Baden-Württemberg im Einzelplan des Landtags separat abgebildet.

Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und der Beamten:

- Die gestiegene Zahl an Fraktionen und Abgeordneten führt ihrerseits zu einem höheren Personalbedarf von elf neuen Stellen im parlamentarischen Beratungsdienst und gestiegenen Kosten von rund um 1,51 Millionen Euro.

Titel 684 01 – Zuschüsse an die Fraktionen:

- Durch den Einzug einer fünften Fraktion in den Landtag (AfD) entstehen Mehrkosten in Höhe von 1,17 Millionen Euro.

Titel 812 01 – Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, etc.:

- Wie funktioniert unsere Demokratie, wie funktioniert unser Parlament und was tun die Abgeordneten eigentlich: das erleben die vielen tausend Menschen, die vielen Schülerinnen und Schüler, die Jahr für Jahr den Landtag besuchen, unsere Debatten verfolgen und Einblick in die parlamentarische Arbeit bekommen, mit uns ins Gespräch kommen. Dieses Angebot ist wichtiger und wertvoller denn je.
- Herzlichen Dank an den Besucherdienst.
- Deshalb richtig, dass wir uns in großer Geschlossenheit für ein Bürger- und Medienzentrum entschieden haben, um unsere Arbeit und den Landtag als Kernstück der baden-württembergischen Demokratie für die Bürgerinnen und Bürger noch besser zu öffnen. Gut angelegtes Geld - das allein führt zu einem Mittelansatz von 1,12 Millionen Euro.

Finanzielle Leistungen an die Abgeordneten und Versorgung der ehemaligen Abgeordneten nach dem Abgeordnetengesetz.

Titel 411 01

- Natürlich umfasst ein großer Teil des Gesamthaushalts des Landtages Leistungen an Abgeordnete, ausgeschiedene Abgeordnete und Hinterbliebene.

Die Mehrausgaben in Höhe von 2,39 Millionen Euro basieren vor allem auf den Erhöhungen der Abgeordnetenentschädigung, der Mitarbeiterentschädigung sowie den Beiträgen zur privaten Altersvorsorge und Leistungen der Altersversorgung.

Damit werden die gewachsenen Aufgaben des Landtags auch monetär nachvollzogen und die Professionalisierung des parlamentarischen Betriebs vorangetrieben. Außerdem ist die Zahl der Abgeordneten von 138 auf 143 gestiegen.

Landesbeauftragter für den Datenschutz

Der Datenschutz wird von allen Fraktionen in diesem hohen Hause sehr ernst genommen. Durch die neue EU-Datenschutzgrundverordnung bekommt der Landesdatenschutzbeauftragte wichtige zusätzliche Aufgaben; Das deutsche Datenschutzrecht wird grundlegend neu geordnet; Die Dienststelle wird umfangreiche Prüf- und Zertifizierungsverfahren für in Unternehmen eingesetzte Software durchführen müssen. Zudem soll der Landesdatenschutzbeauftragte, die „Digitalisierungsoffensive“ unserer Landesregierung aktiv begleiten. Wir wollen, dass der Landesdatenschutzbeauftragte diese Aufgaben effektiv wahrnehmen kann. Zusammen mit unserem Koalitionspartner sind wir uns einig, dass der Landesdatenschutzbeauftragte hierfür zusätzliche personelle Unterstützung benötigt. Wir bringen deshalb gemeinsam den Antrag ein.

Änderungsanträge

Einen besonderen Schwerpunkt legt die CDU-Fraktion auf die Gedenkstättenarbeit und die Förderung politischer Bildung:

- Die Gedenkstättenarbeit des Vereins LernOrt Kislau e.V.. Die Kislauer Schlossanlage steht wie nur wenige andere Orte für die Themen „Abwehrkampf“, „Widerstand“ und „Verfolgung“. Wir wollen einen modernen Lernort schaffen, an dem sich vor allem junge Menschen mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus auseinandersetzen und ihn zu heutigen Entwicklungen in Bezug setzen können. Der Zuschuss für den Verein wurde um 200.000 Euro erhöht.
- Die Mittel für den Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb wollen wir dauerhaft um 10.000 Euro erhöhen, um seine wertvolle Arbeit zu sichern.
- Die politischen Stiftungen und das Bildungswerk für Kommunalpolitik e. V sind wichtige Eckpfeiler für unsere demokratische, politische Kultur und leisten eine herausragende Arbeit, Menschen von der Demokratie und ihren Werten zu überzeugen. Um den immer neuen Herausforderungen gerecht zu werden, brauchen sie ausreichend Geld. Wir wollen die Zuschüsse an Einrichtungen für politische Bildung deshalb um 250.000 Euro auf eine Million Euro erhöhen.

- Gedenkstättenarbeit und politische Bildung bekommen gerade heute eine neue wichtige Bedeutung. Dass es eine Fraktion gibt, ihre Arbeit am liebsten einstellen würde, spricht Bände. Umso wichtiger ist es dass Grüne, CDU, SPD und FDP hier an einem Strang ziehen.

Vielen Dank!